Bezugspreis:
Wöchentlich in Neuenbürg
4 000 000. Durch die Post
Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonstigen
Verkehr ℳ 8 000 000
mit Postbestellgebühr.
Preise freibleibend,
Nachforderung vorbehalten.
In Fällen von höherer Ge-
walt besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung
oder auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Stellen, in Neuenbürg
außerdem die Austräger
jederzeit entgegen.

Postscheck-Konto Nr. 24 bei der
O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum f. Bez. Grundzahl 45 ℳ, außerh. 50 ℳ einschl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 100 000 ℳ. Rekl.-Zeile 120 ℳ. Schlüsselzahl z. Zt. 30 000.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 226. | Neuenbürg, Donnerstag, den 27. September 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Baden-Baden, 23. Sept. Die Arbeitslosen von hier und aus der näheren und weiteren Umgebung haben gestern mittag hier eine Kundgebung veranstaltet. Sie marschierten im geschlossenen Zuge durch die Straßen der Stadt nach dem Bezirksamt, wo sie Oberamtmann Engler als Vertreter der Staatsbehörde eine Reihe von Forderungen überreichten. Auf dem Platze vor dem Bezirksamt wurden die Forderungen dann den versammelten bekannt gegeben und durch Abstimmung beschlossen, am Montag in den Generalstreik einzutreten, falls die Forderungen nicht bewilligt würden. Hierauf gingen die Demonstranten auseinander. — Die Kundgebung ist offenbar auf Anregung der Kommunisten zurückzuführen, denn die Gewerkschaften haben mit derselben nichts zu tun. Noch im Laufe des Donnerstags wurde ein Aufruf verbreitet, in welchem gesagt wird, die Gewerkschaften als berufene Vertreter der arbeitenden Bevölkerung stehen allen Machenschaften, welche bezwecken, in verderbenbringender Notlage Erregung in die Bevölkerung zu tragen, fern und sie erwarten, daß nur ihren Anordnungen Folge geleistet wird, daß die besonnene Arbeiter- und Angestelltenschaft Ruhe und Ordnung wahrt. Unter diesen Umständen ist ein Generalstreik vollständig aussichtslos.

Berlin, 26. Sept. In den nächsten Tagen werden, wie das Reichsbankdirektorium mitteilt, neue Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und 86×155 Millimeter groß. Das wolkenartig im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Distelblüte in ornamentaler Verarbeitung dar. — Wir brachten vor einigen Tagen eine Meldung des „Berl. Lok.-Anz.", wonach die Mörder der Zarenfamilie, Jacowleff, seit ungefähr sechs Monaten in Berlin aufhalte. Inzwischen hat das in Frage kommende Ministerium angeordnet, sofort den Aufenthalt Jacowleffs ausfindig zu machen und ihn auf dem schnellsten Wege als lästigen Ausländer über die Grenze abzuschieben.

Württembergischer Städtetag.

Stuttgart, 25. Sept. Der Vorstand des Württ. Städtetags trat in der letzten Woche hier zusammen, um sich über wichtige Tagesfragen der Stadtverwaltungen, insbesondere über die neuen Steuergesetze, über die Zinsnot der Gemeinden und über Fragen der Beschäftigung und Ernährung der Einwohner der Städte zu besprechen. Die eingehende Aussprache über die Wirkung der in den letzten Monaten grundlegend geänderten reichsrechtlichen Gemeindesteuergesetze ergab, daß das Hauptziel, die Besserung der Gemeindefinanzen, durch diese Gesetze nicht erreicht worden ist und daß sich die württ. Städte noch nie in so außerordentlicher Finanznot wie jetzt befunden haben. Man war sich einstimmig darüber einig, daß von Regierung und Landtag dringend gefordert werden müsse, daß den Gemeinden die Möglichkeit der Erhöhung ihrer Einnahmen gegeben werde, daß beispielsweise überall da, wo sie Gebühren oder Entschädigungen erheben dürfen, gleitende Faktoren eingeführt werden. Verlangt wurde ferner ein Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer. Nicht länger zu ertragen sei es, daß bei der Verteilung der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Staat und Gemeinden die württ. Gemeinden gegenüber denen der übrigen Länder des Reiches nachweislich sehr stark benachteiligt werden, eine Tatsache, die wesentlich dazu beigetragen habe, daß zahlreiche württ. Städte jetzt unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit stehen und vor der Notwendigkeit, wertbeständige Anleihen zu äußerst ungünstigen Bedingungen aufzunehmen, sich Mittel zu verschaffen und Notgeld auszugeben. Die Anteile an den Reichssteuern fließen den Gemeinden nicht einmal rechtzeitig zu, sondern gelangen fast regelmäßig verspätet in ihren Besitz. Auch die Erträge aus den Katastersteuern seien bei den von Regierung und Landtag beschlossenen Sätzen so gering, daß sie kaum mehr die Verwaltungskosten decken. Eine sofortige ausgiebige Erhöhung der Vervielfältigungszahlen und deren Anpassung auch für das laufende Vierteljahr an die Geldentwertung sollte gesetzlich zugelassen werden. Da die Umsatzanteile heuer unbilligerweise rein schematisch nach der Einwohnerzahl der Gemeinden verteilt werden, ohne jede Berücksichtigung des Umstandes, daß Handel und Industrie in der Hauptsache in den Städten ihren Sitz haben, beschließt der Vorstand, auch hierwegen bei den Ministerien des Innern und der Finanzen vorstellig zu werden und ihnen eindringlich ans Herz zu legen, daß sie für eine stärkere Berücksichtigung der Industriegemeinden eintreten. Außerdem aber müssen den Gemeinden ausgiebige Reichs- und Staatskredite zur Verfügung gestellt werden. Andernfalls seien sie außerstande, die Milliarden-Ausgaben weiterhin auf sich zu nehmen, die für soziale Zwecke in täglich steigendem Maße notwendig werden, gewisse Aufgaben und Einrichtungen wie die Lernmittelfreiheit auch künftig durchzuführen. Notwendig sei ferner die sofortige Ermächtigung der Gemeinden zur Erhöhung der Gewerbesteuerumlage über den Satz von 20 Prozent hinaus. Wenn den Gemeinden als den Zellen des Staates nicht die nötige Nahrung zugeführt werde, müsse auch der Staat darunter leiden und schließlich zugrunde gehen. Es werde auch nichts anderes übrig bleiben, als unsere ganze Wirtschaft auf die katastrophale Lage umzustellen und die Ausgaben, wo es irgend angehe, einzuschränken. Auf den Antrag von Gemeinderat Dr. Oehlinger-Stuttgart beschließt der Vorstand weiter, die Regierungen von Reich und Land zu bitten, eine Aenderung der unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen gemachten Gesetze einzuleiten und sie den heutigen Bedürfnissen und der ungeheuren Finanznot, in der wir uns befinden, anzupassen. Einstimmige Annahme fand ferner ein Antrag, der dahin geht, die Reichs- und die Landesregierung zu ersuchen, im Hinblick auf die eingetretene und immer größer werdende Arbeitslosigkeit eigene Notstandsarbeiten von genügendem Umfang durchzuführen (Neckarkanal) und denjenigen Gemeinden, die selbst Notstandsarbeiten ausführen lassen, die dazu nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Große Sorge bereitet den Stadtverwaltungen heuer die Lebensmittelversorgung, insbesondere die Versorgung der Minderbemittelten mit Kartoffeln, Mehl und Fett, die nach der einmütigen Ansicht des Vorstandes schon aus finanziellen Gründen unmöglich im Rahmen der städtischen Aufgaben durchgeführt werden kann. Wenn von der zu gründenden Kartoffelkreditbank Mittel zu bekommen sind, werden die Stadtverwaltungen sie zweckmäßigerweise dem ordentlichen Handel und den Konsumvereinen zur Verfügung stellen, oder aber eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung ins Leben rufen, da ein reiner Gemeindebetrieb für derartige Zwecke nicht geeignet erscheint. Auch die Beschaffung von Fett, von Mehl und Kleidung erfordert solche Riesensummen, daß die Verwaltungen der Städte ohne die Möglichkeit, sich durch erhöhte Steuern größere Einnahmen zu verschaffen, nichts unternehmen können, was auch nur für einen beschränkten Kreis ihrer hartbedrängten Einwohner eine nennenswerte Erleichterung zu bringen vermöchte. Der Vorstand des Städtetags erhofft deshalb auch auf diesem Gebiete die kräftige Mithilfe von Reich und Staat.

Bayerische Demokraten zur Lage.

München, 26. Sept. Der demokratische Kreisverband München hielt eine Mitgliederversammlung ab, die deshalb von besonderer politischer Bedeutung ist, weil der frühere Chef der Reichskanzlei unter Cuno, der demokratische Reichstagsabgeordnete Hamm, einen Bericht über die gegenwärtige innen- und außenpolitische Lage gab. Dieser Bericht ist die erste Aeußerung eines Mitgliedes des Kabinetts Cuno zu der ganzen politischen Situation und ist darum besonders wichtig einzuschätzen. Der frühere Chef der Reichskanzlei erklärte: heute ständen wir vor dem Abbruch des passiven Widerstandes. Man müsse vielfach die Behauptung hören, daß dieser Widerstand von Anfang an falsch gewesen sei. Der Widerstand sei aber sowohl politisch wie vor allem auch moralisch notwendig gewesen, denn auf alle Vorschläge früherer Kabinette, die die Möglichkeit eines ehrlichen Friedens erschöpft hätten, habe man auf der Gegenseite nur mit schnöder Abwehr und schließlich mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet geantwortet. Hätten wir die Unterwerfung so weit treiben sollen, daß wir auch diesen Einmarsch als Recht hätten hinnehmen sollen? Die englische Note vom 11. August, in der der Ruhreinbruch als Rechtsbruch und Bruch des Versailler Vertrags bezeichnet wurde, sei zweifellos ein großer Erfolg der Politik Cuno und Rosenberg gewesen. Wäre die Politik der Regierung Cuno in allen Ressorts mit so viel Voraussicht und Klugheit betrieben worden, wie im Außenressort, so wäre vielleicht die Regierung Cuno noch da. Daß sie zurücktrat, dafür habe im wesentlichen der Grund im Finanzressort gelegen. Frankreich habe den Ruhrstreit als Krieg gewollt, um ein Kriegsziel zu erreichen, das es im März 1919 wegen des englischen Widerstandes noch nicht erringen konnte. Heute stehe man vor einer neuen Phase der Politik Frankreichs, die auf die Gewinnung des Rheines ausgehe. Wir dürfen den deutschen Namen nicht unter einen Vertrag setzen, der das gut heiße. Eine Unterwerfung unsererseits würde den Franzosen einen Rechtstitel geben. Eine solche Unterwerfung mit unserer Unterschrift hieße zur Niederlage, die wir bekennen, zum Niederbruch die Unmöglichkeit des Wiederaufstieges fügen. Was heute not tue, sei eine Demokratie von heroischem nationalen Entschluß, die sich nicht als Zweck betrachte, sondern nur als ein Mittel, jeden einzelnen im Volke so stark als möglich zu machen, heute im Leiden und Tragen, morgen in Tat und Leistung. — Der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Dr. Dirr, verbreitete sich über die innerpolitischen Verhältnisse und stimmte dem Staatssekretär a. D. Hamm zu in der Auffassung, daß es unmöglich sei, eine deutsche Unterschrift unter eine Kapitulation im Ruhrgebiet zu setzen. Eine Kapitulation sei, eine restlose Erfüllung dessen zu versichern, was die Franzosen von uns fordern, ohne daß wir die Verfügungsgewalt über das Rhein- und Ruhrgebiet in dem früheren Umfange wiedergewinnen würden. Ohne das Wiederbeginnen der Verfügungsgewalt und ohne die selbstverständliche Bedingung, daß die Verhafteten freigelassen und die Vertriebenen wieder in ihre Stellen zurückkehren dürfen, sei es für jede deutsche Regierung unmöglich, zu unterschreiben. Eine Regierung, die das auf sich nehmen würde, wäre keine deutsche Regierung mehr. Wenn es dazu kommen sollte, daß uns ein neues Diktat auferlegt werde, das wir unterschreiben sollen, dann müßte eine einheitliche Haltung der deutschen Nation zustandekommen. Auch Dr. Dirr bekämpfte mit aller Entschiedenheit die Gedankengänge, die zum Schutze gegen die angeblich von Nord- und Mitteldeutschland drohende Bolschewisierung, die, wenn auch nur zeitweise, Trennung Bayerns vom Reiche befürworten. Er forderte unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß alle, die wirklich an Bayern und dem Reiche hängen, sich in der Abwehr der Propaganda der Lostrennung Bayerns vom Reiche zusammenfinden.

Die entscheidende Kraftprobe mit den rheinischen Sonderbündlern.

Die Kölner Presse veröffentlicht übereinstimmende Mitteilungen, nach denen die rheinischen Sonderbündler für den 30. September, also für den nächsten Sonntag, in Düsseldorf im Anschluß an eine für Sonntag einberufene Sonderbündler-Versammlung die rheinische Republik ausrufen wollen. Einer der Führer soll behauptet haben, daß zu der Düsseldorfer Versammlung am 30. September mehr als 70 Regiezüge von den Franzosen gestellt werden würden und daß bereits 100 000 Anmeldungen vorlägen. Unmittelbar im Anschluß an die Versammlung soll zur Tat geschritten werden. Etwa um 5 Uhr will man dem General Degoutte eine vom Generaldirektorium des Unabhängigkeitsbundes aufgesetzte Protestnote überreichen und nach einer zusagenden Antwort soll dann die rheinische Republik ausgerufen werden. Die Kölner Blätter sind einig in der Auffassung, daß die rheinischen Sonderbündler ihre Stunde für gekommen halten. Uebereinstimmend fordern sie aber, daß alles geschieht, um den Führern der Separatisten, die in den letzten Wochen unleugbar starken Zulauf erhalten haben, das Handwerk zu legen.

Siegesfeier der Franzosen.

Essen, 26. Sept. Gestern fand den ganzen Vormittag durch französische Artillerie Schießen aus schweren Geschützen statt.

Begünstigung der Umsturzpläne in Bayern?

Berlin, 26. Sept. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst veröffentlicht ein Rundschreiben, das an sämtliche Bezirksleitungen, Obmänner und Vertrauensleute des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereins ergangen sei. In diesem streng vertraulichen Schreiben wird unter anderem gesagt, es sei mit ziemlicher Bestimmtheit damit zu rechnen, daß in Deutschland der Ausbruch schwerer Unruhen bevorstehe und daß, ähnlich wie beim Kapp-Putsch, die Reichsregierung eine Weisung erlassen werde, die den Reichsbeamten verbiete, einer nichtverfassungsmäßigen Macht Dienste zu leisten. (Diese Weisung ist inzwischen ergangen. Schriftl.) Es sei aber mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die bayerische Staatsregierung dann eine Notverordnung erließe, die die Reichsbeamten zu Dienstleistungen zwinge. „Dieser Notverordnung", so heißt es dann weiter, „sind wir auch als Reichsbeamte wohl unter allen Umständen unterworfen."

Kampfvorbereitungen in München.

Berlin, 26. Sept. Der „Deutschen Zeitung" zufolge treffen die vaterländischen Kampfverbände in München in fieberhafter Eile die letzten Vorbereitungen. Für morgen Donnerstag beruft die nationalsozialistische Partei 14 Massenversammlungen in den größten Sälen von München ein. Die Nationalsozialisten stellen jetzt auch Kavallerie-Formationen ein. Nach einer Meldung haben die Führer der Verbände „Oberland" und „Reichsflagge" beschlossen, angesichts des Ernstes der politischen Lage Adolf Hitler die politische Leitung zu übertragen. Damit ist Hitler politischer Leiter der Kampfverbände geworden.

Die demokratische Partei für Fortsetzung des Kampfes um die Erhaltung von Rhein und Ruhr.

Berlin, 26. Sept. Die demokratische Partei erläßt einen Aufruf, in dem es zum Schlusse heißt: „Der Kampf um den deutschen Westen geht fort. Wir kennen die Annexions- und Reparationsgelüste der Franzosen. Eine Versöhnung mit ihnen ist nicht möglich. Eine Selbstbehauptung nur dann, wenn das deutsche Volk einig bleibt in dem Willen, sein Recht auch dieser zweiten Niederlage zum Trotz zu behaupten, Landesverräter und Heißsporne niederzuhalten und der deutschen Republik die Treue zu bewahren. Nie kann rohe Gewalt uns zwingen, von Rhein und Ruhr zu lassen. Niemals können wir dulden, daß die Hunderttausende, die französische Brutalität vertrieben hat, die Tausende, die ihrer Treue zum Vaterlande wegen zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, ihrer Heimat fern gehalten werden. Wir werden weiter kämpfen um das Selbstbestimmungsrecht, das unserem Volke vorenthalten wird und wir werden siegen so gewiß, wie das Recht, wenn es mit festem Willen erstrebt wird, siegen muß „über die Gewalt". — In der sozialdemokratischen Fraktion erstattete Abgeordneter Hermann Müller-Franken Bericht über die von ihm in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen mit der Regierung und dann vertagte sich die Fraktion auf heute früh. Wann im Reichstag die politische Aussprache stattfinden wird, steht noch nicht fest.

Berliner Epilog zum Ruhrkampf.

Berlin, 26. Sept. In den Blättern wird heute das Fazit aus dem Ruhrkampf gezogen und dem passiven Widerstand der Epilog gewidmet. Im „Vorwärts" begegnet man ähnlichen Gedanken, wie gestern in der regierungsoffiziösen „Zeit". Da heißt es unter anderem: „Es wäre falsch, zu sagen, es sei alles verloren, weil man gezwungen war, eine Waffe wegzugeben, die stumpf geworden war. Damit ist ein Verzicht auf die Wiederherstellung der Reichseinheit, auf die Befreiung von militärischer Fremdherrschaft einfach eine physische Unmöglichkeit. Kein Deutscher wird ihn aussprechen und würde er aussprechen, so würde die Geschichte diesen unmöglichen Verzicht widerrufen". Im „Berliner Tageblatt" wird auf die psychologischen, technischen und politischen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich einstweilen der Rückkehr dessen, was war, entgegenstellen. Bei der Gelegenheit erklärt das Blatt es geradezu für unverständlich, daß das Reichsfinanzministerium wochenlang mit der Einführung der neuen Währung zögere. Einer rheinischen Sonderwährung, die im Anzug ist, kann nur durch die allgemeine Einführung der deutschen Reumark vorgebeugt werden. In der „Vossischen Zeitung" appelliert General Daimling vornehmlich an seine Kameraden von der alten Armee: „Was zwecklos ist, soll man aufgeben. Das ist keine Schmach, sondern das ist die Rückkehr zur Vernunft und zum gesunden Menschenverstand. Eine Schmach wäre es vielmehr, das deutsche Volk in Not und Elend umkommen zu lassen, und deshalb wollen wir alle die Regierung unterstützen in ihrer Absicht, das Höchste zu tun in der Beendigung des Ruhrkampfes." Die deutschnationalen Blätter variieren inzwischen das Thema, daß wir uns nunmehr in Schande ohne Ende begeben, wobei die „Deutsche Zeitung" in ihrer Weise unmißverständlich zu Aufruhr und Aufstand aufruft.

Ausland.

Frankreichs Triumph.

Die Meldungen aus Berlin, nach denen die Reichsregierung entschlossen ist, den passiven Widerstand aufzugeben, werden von der französischen Presse mit äußerster Genugtuung aufgenommen. „Oeuvre" (ein links gerichtetes Organ) schreibt, vergeblich werden die nationalistischen Regierungen in Deutschland, vor allem die bayerische, einen entschlossenen Widerstand leisten. Vergebens erklären sich verschiedene Sozialisten einig mit der sächsischen Regierung, die einen zögernden Widerstand gegen das Reich in die Wege leiten will. Die Tatsache stehe bereits fest: der passive Widerstand ist zusammengebrochen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung vom 25. September.) Die Angebote auf das zum Verkauf ausgeschriebene Altmaterial werden geöffnet und der Zuschlag je dem Höchstbietenden erteilt. Anschließend wurden verschiedene Bausachen erledigt. Die Führung der Villastraße soll an Ort und Stelle nochmals erwogen werden. Stadtbaumeister Staiger macht Mitteilung über den baulichen Zustand der Turnhalle. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, daß das Dach und die Innenbeleuchtung sofort wieder hergestellt und im übrigen die Turnhalle mit Steigerturm im Frühjahr k. Js. einer durchgreifenden baulichen Reparatur unterzogen werden soll. Bei den letzten Hochwassern wurde stets der Unterkanal des Mühle-Elektrizitätswerks in seinem unteren Teil mit Geröll vollgeworfen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beschließt der Gemeinderat, die Verlängerung und Erhöhung der Zunge des Unterkanals möglichst noch diesen Herbst auszuführen. Voranschlag nach heutiger Berechnung 24 Milliarden Mark. Bei OA.-Geometer Bonnet soll beantragt werden, die Stadt- und Baulinienpläne in den nächsten Jahren wieder auf den neuesten Stand zu ergänzen. Einem vorliegenden Baugesuch wird Förderung in Aussicht gestellt, sofern der gewünschte Platz abgegeben werden kann.

Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neuenbürg, wird zur Abhaltung von Versammlungen der Ankleideraum im Schulhaus zur Verfügung gestellt, unter der Bedingung, daß mindestens 3 Tage vor einer Versammlung dem Hausmeister Anzeige erstattet und derselbe für die Reinigung entschädigt wird. Falls das Lokal noch weiteren Vereinen eingeräumt würde, muß sich der Reichsbund eine Einordnung in die Benützung gefallen lassen. Die Berechnung einer Entschädigung für Lokal, Heizung und Beleuchtung wird vorbehalten.

Zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der hiesigen Einwohner ist es notwendig, den verschiedenen hiesigen Händlern, dem Konsumverein und eventl. sonstigen Genossenschaften Kredit zu verschaffen. Zu diesem Zweck wird vom Gemeinderat beschlossen: den Stadtschultheißen Knodel gemeinsam mit Stadtpfleger Eisich bzw. deren gesetzl. Stellvertreter zu ermächtigen, Wechsel bis zum Gesamtbetrag von 500 Milliarden Mark in Teilbeträgen, wie sie die Lage erfordert, anzunehmen.

Die Festsetzung der Pachtzinse für die städt. Grundstücke auf das Jahr 1923 soll der Dekretur-Ausschuß besorgen. Bei den Wiesen wird unter der Voraussetzung, daß der Geldwert nicht weiter sinkt, ein Pachtzins von etwa 6 Millionen Mark für 1 Ar bei denjenigen Pächtern angesetzt, welche Pferde, Vieh oder Ziegen halten; bei den anderen erfolgt ein erheblicher Zuschlag.

Gemäß einer Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens vom 31. 8. 23 werden die Schulgeldsätze bei den Realschülern für das laufende Drittel auf das 600fache, bei den Gewerbeschülern für das Halbjahr vom 15. 10. 23 bis 15. 4. 24 auf das 500fache, bei den Schülerinnen der Frauenarbeitsschule für das laufende Drittel auf das 600fache erhöht.

Zur Deckung der Kosten für den städt. Neubau auf der großen Wiese müssen Gelder aufgenommen werden. Der Vorsitzende wird ermächtigt, mit der süddeutschen Festwertbank wegen Aufnahme eines Golddarlehens zu verhandeln.

Zum Schluß wurden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt und der Stangenverkauf der Stadtpflege vom 25. September genehmigt. R.

Neuenbürg, 27. Sept. Die vom Ministerium des Innern mit Wirkung vom 1. September ab festgesetzten Mietzinse, welche Zuschläge für Verwaltungskosten auf 250 000 v. H. und für Instandsetzungskosten 750 000 v. H. der Grundmiete mit sich bringen, bedeuten gegenüber den August-Mietzinsen einen ungemein hohen Sprung, der angesichts der gegenwärtigen mißlichen Wirtschaftslage, wo viele Mieter durch Kurzarbeit u. a. m. in ihrem Einkommen geschmälert sind, umso härter empfunden wird. In der diesbezüglichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger vom 31. August hat das Ministerium infolge der Geldentwertung nun neue Wege eingeschlagen, und u. a. bestimmt, daß für Zahlungen bis 4. September bei monatlicher Bezahlung und normalen Verhältnissen und ohne Zuschlag für Hypothekenzinssteigerung, Untermiete und ohne Umlagen die gesetzliche Miete für September das 71 301fache der Friedensmiete ohne Abzug betrage. Diese Mietzinsfestsetzung ist abhängig von dem Stand des Goldzollaufgelds, und da dies infolge der Geldentwertung mächtige Sprünge nach oben machte, ging dementsprechend auch die Miete im Laufe des September weiter in die Höhe. Die Mieter waren es bisher gewohnt, daß ihnen durch öffentliche Bekanntmachung jeweils die Mietzinse bekanntgegeben wurden. Durch eine Verkettung von Umständen unterblieb die rechtzeitige Veröffentlichung, so daß die meisten Mieter, welche von der Verfügung des Ministeriums des Innern keine Kenntnis hatten, und auf 4. September ihre Monatsmiete für diesen Monat nicht bezahlten, nunmehr in die Lage gerieten, gegenüber dem August eine recht hohe Miete bezahlen zu müssen. Unter den obwaltenden Umständen war namentlich in Mieterkreisen eine begreifliche Aufregung entstanden, und in einer Mieterversammlung letzten Sonntag dazu Stellung genommen worden mit dem Ergebnis, den Stadtvorstand zu ersuchen, zwischen Vermieter und Mieter eine Verhandlung anzuberaumen, um auf gütlichem Wege sich zu verständigen. Diese Verhandlung fand gestern Mittwoch im Rathaussaal zwischen den beiderseitigen Organisationen unter Vorsitz von Stadtschultheiß Knodel statt. Nach einleitenden Worten, in welchen er seiner Befriedigung darüber Ausdruck verlieh, daß die Angelegenheit in durchaus sachlicher Weise bisher behandelt wurde, wodurch Aussicht bestehe, bei beiderseitigem einsichtsvollem Verständnis der Lage zu einer Regelung zu gelangen, ging der Vorsitzende in längeren Ausführungen auf die Sache ein. U. a. wies er auf die niedere Angustmiete hin, welche dem Vermieter nicht entfernt das brachte, was er zur Instandhaltung seines Hauses benötigte, andererseits jetzt aber dem Mieter durch den immer mehr nach oben sich bewegenden Goldzollaufschlag erhöhte Mieten bringe, betrage doch nach diesem jetzt die Miete das 2½ Millionenfache der Friedensmiete. Er begründete die verspätete Bekanntmachung, die mit seinem Urlaub im Zusammenhang stehe, während welcher Zeit gerade die Verfügung des Ministeriums des Innern erging, die bei Beginn seines Urlaubs nicht vorauszusehen war. Ueberzeugend wies er nach, daß eine Veröffentlichungspflicht überhaupt nicht bestehe, daß auch an anderen Plätzen die gleichen Schwierigkeiten sich ergeben hätten. Eine Verantwortungspflicht für die Stadtgemeinde ergebe sich auf keinen Fall. In fünfviertelstündiger Aussprache, an welcher sich außer dem Vorsitzenden die beiderseitigen Vorstände der Vermieter- und Mieterorganisation und eine Reihe von Ausschußmitgliedern beteiligten, vertraten nunmehr die Parteien ihren Standpunkt in durchaus sachlicher, ruhiger Weise. Hervorgehoben wurde u. a. die mißliche Lage, unter der sowohl Vermieter wie Mieter leiden, und das Fehlen der rechtzeitigen Bekanntmachung bedauert, die sofort nach Beendigung des Urlaubs des Stadtvorstandes erfolgte, ohne daß, wie wiederholt darauf hingewiesen wurde, eine Veröffentlichungspflicht bestand, und der Ortsvorstand eine Verantwortung für die Geschäftsführung während seines Urlaubs nicht tragen könne. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich, nachdem ein Vorschlag von Mieterseite auf 12 bis 15 Millionen für eine Dreizimmer-Wohnung von Vermieterseite als zu nieder bezeichnet wurde, auch ein Kompromißvorschlag der Vermieter, wegen Uebernahme der Kosten des Weißens von Küche, Gang und Abort durch die Mieter nicht weiter behandelt wurde, obwohl einige Mieter dies anerkannten, auf einen Preis, welcher dem 1½ Millionenfachen der Friedensmiete entsprach, wobei jeweils auf die wirtschaftliche Lage von Vermieter wie Mieter Rücksicht zu nehmen sei, vorbehaltlich der Genehmigung einer Mitgliederversammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, die heute Donnerstag stattfindet. Am Schlusse dankten die Vorstände der beiden Organisationen dem Stadtvorstand für seine Bemühungen, die Angelegenheit zu einem Ende zu führen, das in Anbetracht der schlimmen Wirtschaftslage einigermaßen beiden Teilen Rechnung trage. Der Stadtvorstand erklärte seine Bereitwilligkeit, jederzeit sich zur Verfügung zu stellen, wenn es gelte, das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter zu bessern und den Frieden zwischen beiden Teilen zu erhalten. Ausschußmitglied Strohm bat noch, künftighin die neuen Mietzinse rechtzeitig zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, was der Vorsitzende zusagte.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Sept. (Die neue Teuerungszahl.) Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart stellen sich die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie nach dem Stande vom 24. Sept. auf 2 622 409 000 Mark im Monat. In der Vorwoche bezifferte sich dieser Bedarf auf 1 438 903 000 M.; es ist mithin eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 82,2 Prozent in der letzten Woche eingetreten. Im einzelnen betragen die Kosten für Ernährung 1 692 180 000 Mark, für Bekleidung 406 699 000 Mark, für Wohnung 523 530 000 Mark. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt bei den Ernährungskosten 109 Prozent, bei der Bekleidung 22 Proz. und bei dem Aufwand für die Wohnung 76 Prozent. Der Augustdurchschnitt beträgt 54 402 000, der September-Durchschnitt 1 169 292 000, die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie haben also im September den 48fachen Betrag des Vormonats erreicht.

Heilbronn, 26. Septbr. (8 Milliarden für die Schulkinderspeisung.) Das Sammlungsergebnis für die unterernährten Kinder am 22. und 23. September ist 7 856 974 000 Mark. Sonst gingen ein 77 Millionen Mark. Zusammen also 7 933 974 000 Mark. Dazu kommen noch die Sammlungen in den Schulen, deren Ergebnis erst am Freitag ab wird.

Mögglingen, OA. Gmünd, 26. Sept. (Rohling.) Der älteste Sohn eines Bürgers hetzte seinen Hund auf die Hühner einer Witwe, der eines derart zurichtete, daß es nahezu verendete. Tags darauf bot sich dasselbe Bild. Die Witwe verbat sich dies energisch. Der junge Bengel fiel sich auf die wehrlose 53jährige Frau, würgte sie solange, bis sie nicht mehr atmen konnte und stieß ihr den Kopf gegen die Wand. Nun ließ aber der Rohling noch nicht von seinem Opfer ab, sondern schlug sie mit beiden Fäusten ins Gesicht und in den Rücken, bis die Frau zusammenbrach. Sie mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Sache angenommen.

Onstmettingen, OA. Balingen, 26. Sept. (Rätselhafter Tod.) Der seit etwa zwei Jahren hier angestellte Lehrer Butz wurde nach erteiltem Schulunterricht in seinem Zimmer im Blute liegend und ein Auge ausgeschossen vorgefunden. Vielleicht wollte Butz, ein ruhiger, allgemein geachteter, fleißiger Lehrer, den Revolver entladen und wurde so das Opfer seiner eigenen Unvorsichtigkeit. Der Arzt ordnete die Ueberführung des Schwerverletzten ins Krankenhaus nach Ebingen an, eine Rettung war aber nicht mehr möglich; er starb im Laufe des Tags trat der Tod ein.

Wangen i. Allg., 26. Sept. (Leichenbergung.) Den Nonnenhorner Fischern ist es gelungen, die Leichen der beiden am Sonntag auf so tragische Weise jäh aus dem Leben gerissenen Marie und Therese Deiring zu bergen. Sie wurden vorläufig nach dem Gemeindekrankenhaus in Hege gebracht und sollen von dort aus in ihre Heimat Niederwangen übergeführt werden.

Heidenheim, 26. Sept. (Einbruch.) Auf dem Schloßhof wurde nachts ein frecher Einbruchdiebstahl verübt, bei dem den Tätern zwei Herrenfahrräder und ein Damenfahrrad, sowie zwei Koffer, Monteuren gehörig, die sie zur Montage begeben wollten, gespickt voll mit Wäsche, Kleidern, Werkzeugen und Zeichnungen in die Hände fielen. Auch mehrere Schlüssel zu verschiedenen Räumen des Schlosses wurden gestohlen.

Ellwangen, 26. Sept. (Schwurgericht.) Wegen des Raubmords am 11. Juni bei Lorch standen der am 2. Februar 1903 in London geborene Hilfsarbeiter Ernst Richmann und der am 25. Februar 1903 in Maisenhälde (Oberamt Neuenbürg) geborene Fabrikarbeiter Wilhelm Geist vor den Geschworenen unter der Beschuldigung, den 31 Jahre alten kriegsbeschädigten Bauern Jakob Stingel aus Weilen bei Balingen, zuletzt in Untertürkheim wohnhaft, ermordet und beraubt zu haben. Die Angeklagten waren voll geständig. Vorbestraft sind sie nicht. Vor zwei Jahren lernte Richmann die damals 16 Jahre alte Marie Geist kennen, knüpfte mit ihr ein Liebesverhältnis an und wurde so mit ihrem Bruder gut befreundet. 1923 lernte er auch den Jakob Stingel, der von seinem elterlichen Vermögen in Untertürkheim ein Haus gekauft hatte, kennen. Stingel hatte das Haus um 10 Mill. Mk. verkauft. Aus dem Verhältnis mit der Marie Geist waren die Folgen zu erwarten. Eine Kindsaussteuer mußte beschafft werden. Deshalb wollte Richmann den Stingel töten, um das Geld zu erhalten. Sein Freund Geist sollte mittun. Stingel sollte in den Wald bei Lorch gelockt werden; man wollte im Fre

---

„Heimgefunden."

Novelle von Maria Harling.

9) (Nachdruck verboten.)

„Ja, ja, Ihr habt recht, Lehrer," sagte der Schulze, „die Weiber mit ihrem kurzsichtigen Verstand rühren gar manchen Brei ein, den sie später selbst nicht auslöffeln können. Na, vorläufig wird der Junge dem Schulhause fern bleiben und später sorgen wir dafür, daß hier nicht wieder Dummheiten eingebraut werden."

Dann war er fortgestapft, die Tür mit mächtigem Krach hinter sich zuwerfend.

Frau Liesel hat nur immer still vor sich hingeweint seit jener Stunde, sie muß stets an den armen Heinz denken, wie es ihm wohl gehen mag. Sie ist keine Kampfnatur, sie gibt schon gerne nach, aber für den Jungen hätte sie dennoch gekämpft, wenn sie nicht selbst zu gut eingesehen hätte, daß der Schulze im Grunde ja recht hatte.

Wenn der Junge nur wenigstens noch einmal käme, bevor er vom Vaterhause fort geht, damit sie ihm wenigstens gütlich zureden könnte. Vielleicht half ihr auch Liesel, den armen Jungen in seiner Verzweiflung zu trösten. Sie hatte ihn doch auch lieb und konnte gewiß am besten Balsam in seine Wunde gießen.

Frau Liesel atmete ordentlich auf, als ihr Mann sich anschickte, auf ein Stündchen in den Dorfkrug zu gehen.

„Wenn nur jetzt Heinz käme!" dachte sie unaufhörlich, so daß sie fast aufschrie vor Freude, als Heinz wirklich bei zunehmender Dunkelheit leise an den Fensterladen klopfte.

„Heinz, mein Junge, Gott sei Dank, daß Du gekommen bist, komm nur herein, mein Mann ist im Dorf und die Kinder sind bei Wega in der Küche."

Leise kam der blasse Junge herein, aufschluchzend fiel er Frau Liesel um den Hals.

„Mutter Liesel! Mutter Liesel! Nun muß ich doch studieren, es bleibt mir nicht anderes übrig."

„Ja, mein Junge, ich weiß es. Dein Vater war sehr böse, ich habe ihn noch nie so zornig gesehen.

„Ich hätte Dir so gerne geholfen," fügt sie etwas zögernd hinzu.

Heinz schüttelt den Kopf.

„Nein, Mutter Liesel, Du kannst mir nicht helfen. Des Vaters Zorn fürchte ich nicht, vielleicht hätte ich trotzdem meinen Willen durchgesetzt, denn in mir ist ja auch Holtkamps Blut und etwas von dem sprichwörtlichen Starrkopf der Holtkamps, aber Liesel will nichts von meinem Plane wissen. Sie lachte mich zuerst aus, dann erklärte sie entschieden: Entweder Du folgst dem Willen Deines Vaters oder mit uns beiden ist es aus. Denke nicht, daß ich auf Dich warte, bis ich alt und grau geworden bin. Wenn Du Dir ein festes Ziel steckst, können wir in einigen Jahren heiraten, wenn Du aber Deinen Phantasiegebilden nachjagst, bleibst Du ein Hungerleider, ich aber danke für solch einen Bräutigam. Sieh, Mutter Liesel, Unrecht hat Liesel ja nicht, ich kann ihr ja nicht zumuten, auf mich zu warten. Entweder muß ich meiner Kunst entsagen oder der Liesel. Da ich nun aber auf Liesel nicht verzichten kann, so muß ich eben meine Kunst opfern."

„Vielleicht ist es auch besser so, Heinz. Ich bin so froh, daß Du Dich so leicht darein fügst, ich fürchtete schon, Du würdest verzweifeln."

Leicht darin fügen? O, Mutter Liesel, wenn Du wüßtest, wie es in meinem Innern aussieht. Ich bin ja mit mir selbst noch nicht im Reinen, aber einstweilen füge ich mich. Ach, ich bin so gar keine Kampfnatur, ich wollte, ich hätte etwas von Lieiels Energie, von ihrem Mut. Ich fürchte mich davor, so allein in der Welt zu stehen."

„Allein ständest Du nie, mein Heinz, ich würde immer zu Dir halten, was auch kommen möge."

„Gute Mutter Liesel, was Du mir bist, kann ich keinem sagen. Nun aber will ich gehen, ich möchte dem Herrn Lehrer nicht begegnen. Ich habe ja keine Erlaubnis, das Schulhaus zu besuchen, kommen aber mußte ich, sonst wäre ich zu Grunde gegangen.

Auf dem Flur trifft er das älteste Töchterchen Frau Liesels, die sanfte, sinnige Elfriede. Sie sieht ihn mit ihren schönen Veilchenaugen teilnahmsvoll an und reicht ihm die Hand entgegen.

„Ich hörte heute morgen Deinen Vater so furchtbar schimpfen, Heinz, und Du tatest mir so leid. Tat es Dir weh, daß Du Deinem Wunsche entsagen mußtest?"

„Ja, kleines Elschen, es tat weh. Aber Du verstehst das noch nicht, Du weißt noch nicht, was es heißt, einen Lebenswunsch entsagen zu müssen."

„Vielleicht doch, Heinz. Ich wollte nur, ich wäre an Liesels Stelle, ich würde schon auf Dich warten und Dir helfen den Vater zu bestürmen."

„Sag' das nicht, Elschen, Liesel meint es gewiß gut. Vielleicht ist es besser, ich folge dem Willen meines Vaters."

„Das mag ja wohl sein, Heinz, aber von Liesel ist es trotzdem nicht lieb, daß sie nicht zu Dir hält. Ich hätte mich so gefreut, wenn Du ein Künstler geworden wärest."

Heinz stürmt hinaus, er darf den süßen Worten nicht länger lauschen, sie führen ihm ja so recht zu Gemüte, was er aufgibt, wenn er seinem Vater und Liesel folgt. Ja, hätte Liesel zu ihm gehalten, vielleicht hätte er den Kampf aufgenommen, für sich allein war er zu schwach dazu. — — — —

Heinz widmete sich dem Studium der Philologie, sie sagte seinem Wesen noch am meisten zu. Mit den Kommilitonen hatte er wenig Gemeinschaft, die freie Zeit benutzte er meist, um in Wald und Feld umherzustreifen und Studien und Skizzen zu entwerfen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ältigen und den Stingel im Schlaf erstechen und berauben. Es geschah es auch. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagten des gemeinschaftlichen Raubmords schuldig. Das Urteil lautete auf Todesstrafe.

Crailsheim, 26. Sept. (Schwerer Unfall.) In der Gastwirtschaft von Christoph Herrmann fiel die Schwägerin, die mit ihrer Mutter dort wohnende frühere Besitzerstochter Pauline Thurner vom Küchenfenster des Dachstocks in den Hof und erlitt erhebliche Verletzungen. Der Unfall dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das Mädchen beim Hinausbeugen sich mit der einen Hand allzusehr auf das Fensterbrett stützte, das nicht mehr standhielt und brach.

Baden.

Pforzheim, 25. Sept. Ueber die Löhne in der Schmuckwarenindustrie für die laufende Woche hat der Schlichtungsausschuß gestern einen Schiedsspruch gefällt, der unter Ablehnung einer Wirtschaftsbeihilfe und unter Empfehlung einer Vorschußzahlung die Grundlage für die diesswöchentliche Lohnerhöhung um [illegible] Prozent erhöht und darauf wöchentlich die Durchschnittssteigerung der Lebenshaltungskosten nach den Errechnungen des Pforzheimer Statistischen Amtes schlägt. Für die laufende Woche ergibt das für den gelernten Arbeiter über 25 Jahre einen Mindestlohn von etwa 28 Millionen Mark. Die Parteien werden in den nächsten Tagen zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen.

Karlsruhe, 25. Sept. Zu den Bauernunruhen in Rust wird noch weiter berichtet, daß diese sich hauptsächlich gegen den Standesherrn von Rust, den Freiherrn v. Böcklin und Böcklinsau richteten, mit dem die Bauern und Kleinpächter wegen der Pachtverhältnisse unzufrieden waren. Sie forderten, daß Freiherr v. Böcklin für die Landabgabe der von ihm verpachteten Wiesen und Aecker aufkomme, und verlangten weiter die kostenlose Ueberlassung der im Freien aufgeschichteten Futtervorräte an die mit Winterfutter nur mangelhaft eingedeckten Kleinbauern. Als die Bauern vor dem Schloß demonstrierten, erklärte sich Freiherr v. Böcklin bereit, auf dem Rathaus mit den Landwirten zu verhandeln, eine Einigung ist aber nicht zustande gekommen. Die Stimmung in Rust ist nach wie vor erregt.

Freiburg, 25. Sept. Wegen der Ausschreitungen sind eine größere Anzahl Personen verhaftet worden. Zehn wurden des schweren Landfriedensbruchs, Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz, der Amtsanmaßung, Nötigung usw. beschuldigt. Unter den Verhafteten befinden sich auch die drei Burschen, welche die Türe des Rathauses zerstörten.

[illegible], 25. Sept. Dieser Tage wollte sich ein Knecht, der bei seiner Herrschaft zwar Verpflegung und Kleidung, aber kein Geld in die Finger bekam, eine Zigarre kaufen. Als er den ungeheuren Preis hörte, sagte er: „Jetzt hänge ich mich auf", ging fort und machte seinem Leben ein Ende. Da sich niemand fand, um dem Toten einen Sarg zu kaufen, wurde der Lebensmüde in einem Sack beerdigt. Darüber herrscht hier in manchen Kreisen mit Recht Empörung. Der Lebensmüde war übrigens seit langer Zeit ein sonderlicher Mensch.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 26. Sept. (Börsenbericht.) Die Haltung der Börse war heute gedrückt und das Geschäft außerordentlich ruhig. Von den Bankaktien verloren: Vereinsbank 65 (80). Brauereiwerte lagen ruhig. Ravensburg —23 (45), Rotweil +10 (80), Württ. Hohenz. —35 (150), Wulle —30 (60). Textilwerte schwächer: Bietigheim +400 (1600), Kolb u. Schüle —105 (275), Pfersee —100 (350), Kottern +100 (800), Kuchen —130 (300), Eßlingen —100 (400), Leinen Blaubeuren —50 (700). Metall- und Maschinenwerte uneinheitlich. Daimler +6 (65), Tuttlingen —150 (650), Hansa —20 (70), Hohner +300 (1400), Junghans —35 (180), Koch —25 (375), Laupheim +20 (770), Magirus —20 (50), Eßlingen —15 (135), Hesser —30 (60), Weingarten —125 (375), Neckarsulm —25 (105), Württ. Metall —200 (500). Sonstige Werte ruhig. Bad. Anilin —125 (550), Besigheimer Oel —100 (400), Cement Heidelberg —50 (500), Der Kommende Tag —10 (45), Deutsche Verlag —150 (300), Kaiser Otto —10 (180), Knorr —55 (125), Leibbrand —45 (60), Krumm —31 (59), Salz Heilbronn —1000 (3000), Stuttg. Bäcker —110 (200), Stuttg. Zucker —80 (220), Südd. Holz —200 (500), Ziegel Ludwigsburg —70 (150). Auch im Freiverkehr herrschten Kurssenkungen vor, doch war die Kauflust ziemlich rege.

Urach, 25. Sept. Zufuhr: 62,98 Ztr. neuer Dinkel, 27,14 Ztr. alter, 104,48 Ztr. neue Gerste, 5,68 Ztr. alte, 31 Ztr. neuer Haber, 20,34 Ztr. alter, 25,81 Ztr. neuer Weizen, 12,53 alter, 13,98 Ztr. Roggen, alter 3,49 Zentner. Preise pro Ztr. in Millionen: Dinkel neu 310—380, alt [illegible]—370, Gerste neu 280—360, alt 200—280, Haber neu 270—300, alt 170—220, Weizen neu 300—420, alt [illegible]—300, Roggen 250—295, alt 225—250.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 26. Sept. Die Süddeutsche Arbeiterzeitung von heute wurde auf Antrag des Polizeipräsidiums auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 10. August, betreffend Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, beschlagnahmt wegen eines Artikels: „Proletarische Frauen und Revolution".

München, 26. Septbr. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Exzellenz Dr. von Kahr, ist heute vom Ministerrat zum Generalkommissar mit allen Vollmachten ernannt worden. Hitler fordert, nachdem er zum politischen Leiter der Kampfverbände gewählt worden ist, die Mitglieder aller Kampfverbände auf, aus allen irgendwie gearteten militärischen Organisationen auszutreten und sich den Sturmtrupps der nationalsozialistischen Arbeiterpartei anzugliedern. Wer das nicht innerhalb zehn Tagen getan hat, gilt als aus der Partei ausgeschlossen.

München, 27. Sept. Generalstaatskommissar von Kahr hat eine Kundmachung erlassen, in der er versichert, daß seine Amtshandlungen von heißer Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volk und zum großen deutschen Vaterland getragen sein würden. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und gegen jeden Widerstand gegenüber seinen Anordnungen werde er rücksichtslos auftreten.

München, 26. Sept. Die gegenwärtige politische Hochspannung kommt in Veröffentlichungen der Blätter zum Ausdruck. Die „Münchener Post" erklärt, Meldungen über Vorbereitungen der vaterländischen Kampfverbände bewiesen, daß schon für die nächste Zeit ein Gewaltstreich gegen den verfassungsmäßigen Zustand des Reiches und der Länder geplant sei. Das Blatt ermahnt die Arbeiter zur größten Selbstbeherrschung. Wie es weiter erfahren haben will, gab der Verband „Oberland" Befehl an seine Mitglieder, am Freitag früh um 4 Uhr mit Waffen auf dem Alarmplatz zu sein. In einem weiteren „vertraulichen" Befehl sei den Mitgliedern des Verbandes die Abreise von München strengstens verboten worden. — Im „Völkischen Beobachter" richtet Fürst Karl Wrede an die ehemaligen Kavalleristen einen Appell zum Eintritt in die Reiterkorps der Sturmabteilung. — Die Vollversammlung der Betriebsräte Münchens beschloß die Einberufung eines bayerischen Betriebsrätekongresses.

Köln, 27. Sept. Die politischen Parteien des Rheinlandes planen, dem Vernehmen nach, am kommenden Sonntag eine große Massenkundgebung im Grenberger Wäldchen. Die Kundgebung wird ein Treuegelöbnis der Rheinländer gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler darstellen.

Dortmund, 26. Sept. Das französische Militärgericht verhandelte gegen den Berghauptmann Karl Overt und den Oberinspektor Heinrich Krahe aus Dortmund. Bei der Besetzung des Oberbergamtes Dortmund wurde in einem abgelegenen Zimmer eine Telephon- und Telegrapheneinrichtung gefunden, womit man mit dem unbesetzten Gebiet korrespondieren konnte. Overt bestritt, von der Einrichtung Kenntnis gehabt zu haben. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis und 200 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Oberinspektor Krahe wurde freigesprochen.

Zittau, 26. Sept. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr hatten sich auf dem Marktplatz vor dem Rathaus ca. 6 bis 8000 Demonstranten versammelt, die das zur Sicherung des Rathauses aufgebotene Polizeikommando tätlich angriffen. Die Menge war mit Totschlägern, teilweise mit Gummiknüppeln und Steinen bewaffnet; auch hatten einige Demonstranten ein Waffengeschäft geplündert. Auf die Polizeiwachstube wurden drei Revolverschüsse abgegeben. Durch Steinwürfe wurden 4 Beamte verletzt, einer schwer. Infolge der bedrohlichen Lage machten die Polizeibeamten in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch. Bis jetzt sind 40 Verletzte und 2 Tote auf Seiten der Demonstranten festgestellt. Durch das Einwirken der Parteiführer wurde später der Platz geräumt und die Ordnung wieder hergestellt.

Berlin, 27. Sept. Die Reichstagsfraktion der Deutschdemokratischen Partei ist nach eingehender Beratung der Vorschläge des Reichsfinanzministeriums über die Schaffung einer Bodenwährungsbank einmütig zur Ablehnung dieses Planes gekommen.

Berlin, 27. Sept. Laut Vorwärts hat die Reichsregierung die Vorbereitungen zum schnellen Abbau des Ruhrunternehmens getroffen. Es wird u. a. geplant, einen besonderen Kommissar mit der Abwickelung zu betrauen. Auch die großen Organisationen werden heute zur Besprechung zusammentreten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Soz. Partei, versammeln sich heute zu diesem Zweck in Gießen.

Berlin, 26. Sept. In der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei ist, wie die „B. Z." meldet, die Politik des Reichskanzlers einstimmig gebilligt worden.

Berlin, 25. Sept. Im Reichstag wird die große politische Aussprache wie der Aeltestenrat heute beschlossen hat, erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler selbst in dieser Sitzung sprechen wird. Bei den Dispositionen für die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses am heutigen Nachmittage verbleibt es. Die für morgen angesetzte Plenarsitzung wird mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung abgehalten. Am Freitag wird sich der Reichstag mit einer Aenderung des Bankgesetzes und am Mittwoch nächster Woche mit dem Währungsgesetz beschäftigen.

Berlin, 26. Sept. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß, angeregt durch die Militärkommission, in der Angelegenheit der kommunistischen Waffenfunde Schritte der Entente bei der Reichsregierung bevorstehen. Die Militärkontrollkommission fühlt sich beunruhigt durch die Mitteilung des „Vorwärts", daß legale Waffenkäufe der russischen Regierung in Deutschland erfolgen könnten oder ausgeführt seien. Die Militärkontrollkommission will darin einen Bruch des Versailler Vertrags sehen, der Waffenverkäufe an das Ausland untersagt.

Berlin, 26. Sept. Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 24. Sept. auf das 28-Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt somit 97 Prozent. — Der Dollar notierte am Mittwoch in Berlin 125685000 G., 126315000 Br., Mittelkurs 126000000 (121000000), in Frankfurt 149625000 G., 150375000 Brief, Mittelkurs 150000000 (110000000) 1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs 30000000 (28809524) Papiermark, 1 Goldmark nach Berliner Briefkurs 30075000 (28881548) Papiermark. Der Newyorker Schlußkurs betrug 0,00000082 Dollar gleich 121951220 Mark.

Paris, 26. Sept. Aus Mainz wird dem „Journal" gemeldet, daß Bergarbeiter in der Gegend von Crefeld durchziehen würden und sich der Lebensmittel bemächtigten. In Crefeld werde das Rathaus Tag und Nacht bewacht.

Paris, 26. Sept. Der „Figaro" vertritt den Standpunkt, daß man sehr unklug handeln würde, wenn man sich auf die Einstellung des passiven Widerstands berufe, um die zukünftige Politik Deutschlands vorauszusagen.

Brüssel, 27. Sept. Nach einer Meldung der „Agence Belge" hat der König nach einem Vortrag des Justizministers eingewilligt, daß die auf Todesstrafe lautenden Urteile im Graffprozeß in Freiheitsstrafen umgewandelt werden. Nach einer weiteren Meldung hat der König die Todesurteile in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt.

Rom, 26. Septbr. Wie die „Agenzia Stefani" aus Paris meldet, hat die Botschafterkonferenz Italien die von der griechischen Regierung bei der Schweizer Nationalbank hinterlegten 50 Millionen Lire zugesprochen.

Die Reichsregierung an das deutsche Volk.

Berlin, 26. Sept. Reichspräsident Ebert hat zusammen mit der Reichsregierung an das Deutsche Volk einen Aufruf erlassen, in dem die Beschlüsse der Regierung niedergelegt sind. Der Aufruf lautet:

An das deutsche Volk!

Am 11. Januar 1923 haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland die schwersten Bedrückungen zu erleiden. Ueber 180000 deutscher Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahin geben müssen, hunderte schmachten noch im Gefängnis. Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten weiter zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reiche in schwerster Stunde bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichte die Unterstützung für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark, in der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Vertriebenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber ein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte. Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche loslöst. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen. Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfungen und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zunichte machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist!

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Dr. Stresemann, Schmidt, Dr. Brauns, Sollmann, Oeser, Dr. Hilferding, Dr. Geßler, Radbruch. Dr. Luther, Dr. v. Raumer, Höfle.

Knillings Stellung zum Widerstands-Abbau.

München, 26. Sept. Ministerpräsident Dr. von Knilling empfing heute gleich nach seiner Rückkehr aus Berlin Vertreter der Münchener Presse, zu denen er sich über seine Berliner Reise aussprach. Er betonte, daß der Konferenz der Ministerpräsidenten bestimmte Fragen nicht vorgelegt worden seien. Es habe unter den Ministerpräsidenten Einmütigkeit darüber bestanden, daß die Aufwendungen für das Ruhrgebiet vom Reich nicht länger getragen werden können, da darin die Hauptursache für den Währungsverfall zu erblicken sei. Die Gefahr drohte, daß der passive Widerstand sich schließlich gegen das deutsche Volk richte. Hinzu komme, daß durch die Art der Unterstützungszahlungen eine Demoralisation im besetzten Gebiete selber hervorgerufen worden sei. Infolge der Ausweisungen höherer und mittlerer Beamten sei der Verwaltungsapparat in Hände geraten, die nicht fähig sind, ihn zu leiten. Unter diesen Verhältnissen könnte niemand sich mehr dafür einsetzen, daß die Lasten weiter getragen werden. Damit sei die Einstellung des passiven Widerstands gegeben. Die Konferenz habe darüber nicht abgestimmt. Von keiner Seite konnte aber dagegen Einspruch erhoben werden. Auch er habe nichts dagegen sagen können. Der passive Widerstand sei nicht Poincarés, sondern des deutschen Volkes wegen aufgegeben worden. Allein stand, nach der „München-Augsburger Abendzeitung", Ministerpräsident von Knilling mit seiner Ansicht da, daß es im gegenwärtigen Augenblick verfehlt wäre, die Maßnahmen der Aufgabe des passiven Widerstandes zum Gegenstand eines Notenwechsels mit den Mächten zu machen. Er forderte nachdrücklich, daß in dem an das deutsche Volk zu erlassenden Aufruf noch einmal vor aller Welt die Rechts- und Vertragswidrigkeit des Ruhreinbruchs dargelegt und auch von deutscher Seite gesagt werde: „An diesen Vertrag fühlen wir uns nicht gebunden". Damit wäre ein vertragsloser Zustand herbeigeführt worden, der auch für die Mächte gewisse Bedenken gehabt hätte. Der Reichskanzler erklärte sich jedoch lediglich bereit, zu sagen, daß für uns die Leistungen aus dem Versailler Vertrag solange unmöglich sind, als uns die Verfügung über Ruhr und Rhein nicht zurückgegeben wird. Den Vertrag selber als erledigt zu erklären sei nicht beschlossen worden.

Der Auswärtige Ausschuß hinter dem Kabinett.

Berlin, 26. Sept. Im Auswärtigen Ausschuß hat, wie man uns versichert, der Kanzler heute eine starke Resonnanz gefunden. In der Sitzung, die sich bis in den späten Abend hinein ausdehnte, haben nach den einleitenden Darlegungen des Kanzlers gesprochen: Dr. Breitscheid für die Sozialdemokraten, Dr. Helfferich für die Deutschnationalen, Graf Bernstorff für die Demokraten, Dr. Marx für das Zentrum und zweimal der kommunistische Abgeordnete Koenen. Auf Widerspruch stießen die Ausführungen des Kanzlers allein bei den Deutschnationalen und Kommunisten. Dr. Helfferich, der im Namen seiner Partei den Bruch empfahl, stützte seine Argumentation vornehmlich darauf, daß durch Stresemanns Politik die englischen Wege durchkreuzt worden wären. Ihm ist darauf, wie wir hören, vom Kanzler, aber auch aus der Mitte der Versammlung erwidert worden, daß der Draht mit England keineswegs abgerissen sei, daß vielmehr, wie wir schon neulich hier andeuteten,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Verbindung nach wie vor aufrecht erhalten und zu manchem, was heute geschieht und auf den deutschnationalen Widerspruch stößt, gerade aus England die Anregung gekommen wäre. Selbst wenn man aber die englischen Möglichkeiten so optimistisch einschätzte, wie das neuerdings die Deutschnationalen tun, wäre ein Bruch keine gute Politik. Ein solcher Bruch würde ja auch den Bruch mit England einschließen, denn mit der Gesamtheit der Alliierten haben wir es nach wie vor zu tun. Der Verlauf der gestrigen Beratungen mit den Ministerpräsidenten, wie die heutige Aussprache im Auswärtigen Ausschuß, hat erwiesen, daß die verfassungsmäßigen Faktoren des Reichs nach wie vor die Politik des Kabinetts zu stützen bereit sind, womit sich einstweilen wohl alle immer noch übereifrig kolportierten Krisengerüchte erledigen. Ob der Erörterung in den beiden geschlossenen Gremien nun am Dienstag eine Debatte im Reichstagsplenum folgen wird, erscheint uns trotz der Beschlüsse des Aeltestenausschusses vorderhand ziemlich unwahrscheinlich. Die Regierung jedenfalls hat nach unserer Kenntnis den Wunsch, in diesem diffizilen Stadium der Dinge eine solche Debatte zu vermeiden, und wir möchten glauben, daß diesem Wunsch auch Folge geleistet wird.

Auch weiter keine Arbeit unter Bajonetten.

Berlin, 26. Sept. Eine der nächsten Hauptsorgen der Regierung nach Aufgabe des passiven Widerstands bildet die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Rhein- und Ruhrgebiet. Die Regierung hat bereits am Mittwoch die Richtlinien ausgegeben, nach denen die Wiederaufnahme der Tätigkeit erfolgen soll. Natürlich ist es mit diesen Anweisungen allein nicht getan und es bedarf der verständnisvollen Mitarbeit der Bevölkerung, um den Uebergang in den früheren Zustand zu vollziehen. Zahlreiche Mitglieder der Gewerkschaften und Parteien befinden sich noch im unbesetzten Gebiet und haben die unmittelbare Fühlungnahme mit der Bevölkerung verloren. Das „Berliner Tageblatt" läßt sich von seinem Vertreter aus dem Ruhrgebiet berichten, daß der Entschluß der Regierung bei dem überwiegenden Teil der Arbeiterschaft tiefe Niedergeschlagenheit und vielfach Erregung hervorgerufen hat. In einer Reihe von Betrieben wurde beschlossen, auch weiterhin nicht zu arbeiten, wenn die Franzosen in den Betrieb sich einmischen. Sehr lebhaft äußert sich die Forderung, jetzt alles einzusetzen gegen den Abschluß eines Vertrages, der aus dem jetzigen Gewaltzustand einen Rechtszustand machen könnte. Besonders schwierig dürften sich die Verhältnisse bei der Eisenbahn gestalten. Da der deutsche Verwaltungsapparat durch Ausweisungen sehr erschöpft ist, ergibt sich die Frage, bei wem die Arbeiter zur Arbeit sich zu melden haben. Die Eisenbahner lehnen es nach wie vor ab, in den Dienst der französischen und englischen Eisenbahn-Regie zu treten. Für eine gewisse Uebergangszeit sollen die Eisenbahner ihre jetzigen erhöhten Bezüge weiter ausgezahlt erhalten.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet.

Berlin, 27. Sept. Eine gestern in später Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, daß die Art. 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auch Militärbefehlshabern übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei der Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung der Verordnungen begangen sind. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Zustimmung der Blätter zu dem Vorgehen der Regierung in der Frage des passiven Widerstandes.

Zu der Proklamation der Reichsregierung über die Einstellung des passiven Widerstandes bemerken die Blätter, daß die Proklamation aus der Ueberzeugung der Reichsregierung hervorgegangen ist, daß selbst, wenn Deutschland Aussicht hätte, in absehbarer Zeit, nach einigen Wochen oder vielleicht in ein oder zwei Monaten durch Fortsetzung des Widerstandes etwas besseres zu erreichen, doch aus innerpolitischen Gründen die Einstellung des Widerstands erfolgen müßte, ohne daß irgend welche Bedingungen durchgesetzt werden könnten. Wenn ein rechtsstehendes Blatt die Frage aufwirft, warum man nicht neue Steuern einführe, um den Widerstand doch noch fortsetzen zu können, so steht dem entgegen, daß diese tausende von Billionen nur durch eine Vermögenskonfiskation aufzubringen wären, wenn man selbst bis zum Jahresschluß den Kampf weiterführen wollte. Aber schon gegen die noch vom Kabinett Cuno eingeführten Steuern hat die bayerische Regierung in einer Note protestiert, in der sie diese Steuern als für die Wirtschaft unerträglich bezeichnete. Ueberdies hat die Verlängerung eines Zustandes vollständiger Arbeitslosigkeit für Hunderttausende von Menschen ihre schweren Bedenken. Von Kapitulation oder Nichtkapitulation kann bei dieser innerpolitischen Maßnahme der Einstellung des Widerstandes gar nicht gesprochen werden. Diese Frage wird an Deutschland erst herantreten, wenn die Verhandlungen mit den Alliierten zu einem Ergebnis führen, über dessen Annahme oder Ablehnung wir uns je nach seinem Inhalt zu entscheiden haben werden. Jetzt haben die Alliierten das Wort.

Französische Pressestimmen zur Aufgabe des passiven Widerstandes.

Paris, 26. Sept. Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit der Entscheidung, die gestern in Berlin getroffen und durch eine Havas-Meldung bekanntgegeben wurde. Der „Petit Parisien" schreibt dazu, die gestern getroffene Entscheidung sei um so bedeutsamer, als der Vertreter Bayerns mit den anderen Staatsleitern — entgegen gewissen Voraussagen — gestimmt habe. Danach, daß Bayern das Land des Nationalismus, das Ludendorff eine Zuflucht gegeben habe, sich einverstanden erklärt habe, sei der Umstand der Bewegung zugunsten der Wiederaufnahme harmonischer Beziehungen mit Frankreich und Belgien zu bemessen. Allerdings müsse man hinzufügen, die Einstellung des passiven Widerstandes bedeute nicht, daß das Einvernehmen mit Frankreich und Belgien im Begriff sei, zu vollziehen. — Der „Matin" schreibt, der bayerische Ministerpräsident habe gestern mit seinen Kollegen gestimmt, aber er habe dem Communique eine Erklärung aufügen lassen, die vielleicht nur dazu bestimmt sei, die bittere Pille zu versüßen, die man habe schlucken müssen. Aber wenn es sich hier um einen letzten Verhandlungsversuch handle, dann sei er sehr ungeschickt, denn weder Poincare noch Theunis würden zulassen, daß man sich in letzter Stunde auch nur eine scheinbare Bedingung diktieren lasse. Je früher der Reichskanzler aus dem Zustand der Auflehnung gegen den Friedensvertrag heraustrete, um so früher könne er sich ans Werk begeben, um das Wirtschaftsleben seines Landes wieder herzustellen, und umsomehr Aussicht habe er, Unordnung zu vermeiden. Nicht weil das Ruhrgebiet jetzt wieder zu produzieren und zu verkaufen beginne, werde sich die Lage Deutschlands verschlechtern; im Gegenteil. Das „Journal" sagt, man müsse abzuwarten verstehen. Der Besiegte müsse beweisen, daß er den Willen habe, die Folgen der Niederlage anzuerkennen und daß er die Ausführungsgarantien dem Sieger zu überlassen hat. — Das „Echo National" schreibt, man habe nicht das Recht, zu vergessen, daß es sich bei dem Kampf von gestern um finanzielle Ergebnisse gehandelt habe und daß man heute wie gestern noch bezahlen müsse. Wenn man in das Ruhrgebiet eingedrungen sei, habe man nicht konnektieren, man habe dort die Reparationen finden wollen, die man Frankreich schuldig sei. In dem Augenblick, in dem die deutsche Regierung auf die Aktion verzichte, die die Reparationen des Jahres 1923 um mehr als 75 Prozent geringer gestaltet hätten als im Jahre 1922, müsse man wissen, wie man die bis jetzt unfruchtbare Besetzung fruchtbar machen könne. Aber das Ruhrgebiet sei kein Zahlungsmittel, und was man Frankreich vorschlagen wolle, sei ein System von Verpflichtungen ohne direkten Bezug auf die beschlagnahmten Pfänder. Diejenigen, die Poincare beglückwünschten, seit dem Monat Januar zu keinen Verhandlungen sich hergegeben zu haben, hätten das so das Recht zu hoffen, daß er — durch Erfahrungen gewitzigt — die Organisationen und Kontrollorgane jetzt zulasse, die er vorher beiseite geschoben habe.

Hausbesitzer-Verein
Neuenbürg.
Versammlung
heute Donnerstag, den 27. ds. Mts., abends ½9 Uhr, bei **Keck** z. „Eintracht".
Tages-Ordnung: Stellungnahme zum Vorschlag vom Mieterverein betreffs ermäßigter Berechnung der September-Miete.
Wir bitten unsere Mitglieder um vollzähliges Erscheinen.
Der Ausschuß.

Beschlagnahmefreie
Wohnung,
2 bis 3 Zimmer,
von jungem soliden Ehepaar Preis Nebensache, zu mieten gesucht.
Angeb. unter **W. 27** an die „Enztäler"-Geschäftsst.

Hand-Datumstempel
für Kanzleien und Büros sofort lieferbar.
C. Meeh'sche Buchdruckerei

feurio
Nur gute Seife ist billig drum nehme Feurio.
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Frei umherlaufende
Hunde
müssen mit Halsbändern versehen, die Namen und Wohnung des Besitzers des Hundes ersehen lassen. Wo dies nicht befolgt wird und größere Hunde keinen Maulkorb tragen, setzen sich die Besitzer polizeilicher Bestrafung und der Gefahr des Einfangens ihrer Hunde aus.
Ortspolizeibehörde:
Knodel.

Regenschirme
kaufen Sie am besten und billigsten nur beim
Fachmann
W. Kunze, Pforzheim,
Schirmmacher-Meister,
nur Kronenstr. 3 nur
Reparaturen sofort.

Kraftwagen-Verbindung Neuenbürg—Herrenalb
ab 1. Oktober 1923.

Freitags und Sonntags Vorm.	Werkt. ausgen. Freitags Mittgs.	Sonnt. Nchm.	Freit. Nchm.	Werktags ausgen. Freitags Nachm.	Haltestellen	Täglich Mittags	Täglich Abends
8.20	12.43	3.00	—	5.55	ab Neuenbürg Bahnhof . . . . . an	1.42	7.00
8.25	12.48	3.05	4.30	6.00	dto. Marktplatz bezw. Postamt . .	1.37	6.55
8.42	1.02	3.22	4.47	6.14	Schwann	1.23	6.38
8.52	1.10	3.32	4.57	6.22	Conweiler	1.15	6.30
9.00		3.40	5.05		Langenalb	12.55 / 12.40	6.23 / 6.10
9.12		3.52	5.17		Marxzell		
9.30		4.10	5.35		an Herrenalb . . . . . ab	12.20	5.50

* Ab Herrenalb Sonntags und jeden Freitag.

Kraftwagen-Verbindung Wildbad—Enzklösterle
ab 1. Oktober 1923.

Nur Donnerstags und Sonntags Mittags	Werkt., ausgen. Samst. Abends	Samstags u. Sonntags Abends	Haltestellen	Täglich Vormitt.	Nur Donnerstags und Sonntags Abends
1.25	6.40	7.30	ab Wildbad — Bahnhof — Postamt an	7.50	6.05
1.50	7.05	7.55	Sprollenmühle	7.25	5.40
2.00	7.15	8.05	an Enzklösterle . . . . . ab	7.15	5.30

Neuenbürg.
Ein neuer
Herren-Anzug,
sowie ein fast neuer
Herren-Ueberzieher
(beide aus sehr guten Stoffen) hat zu verkaufen
Karl Finkbeiner,
Wildbaderstr. 191, part. rechts.

Versteigerung.
Am **Samstag, den 29. September 1923,** kommen im **Saal vom Bahnhofhotel** in **Wildbad**
2 Sofa, mehrere Bettstellen mit Röste, 2 Roßhaarmatratzen, Schreinwerk, Gläser und Porzellan, Gartenmöbel (7 Tische, 29 Stühle), 4 Marmortischchen, 2 Fässer (ca. 80 Liter) und noch viele andere Haushaltungsgegenstände
zur Versteigerung.

An unsere Postbezieher in Langenbrand und Schömberg!
Unter Uebernahme nicht unbedeutender Kosten gelang es uns, in beiden Orten eine Agentur zu errichten und man übernimmt eine solche in
Langenbrand Herr Friedrich Fischer,
Hösenerstraße 77,
Schömberg Herr Wilhelm Geuthner,
Langenbranderstraße 86.
Für die kommenden Wintermonate dürfte es nicht möglich sein, weit von der Agentur entfernten Lesern den „Enztäler" noch abends zuzustellen, in diesem Falle bleibt es denselben anheimgestellt, ihn bei der Agentur abholen zu lassen oder denselben am andern Tag frühmorgens durch die Agentur zugestellt zu erhalten. Es muß aber im Interesse einer regelmäßigen Belieferung vermieden werden, daß den einen Tag das Blatt geholt wird und am andern Tag Zustellung durch die Agentur verlangt wird, d. h., der Bezieher muß sich entscheiden, ob er das Blatt dauernd holt, oder ob es ihm dauernd durch die Agentur überbracht wird. Bei Selbstabholen sollte dies längstens bis abends 8 Uhr erfolgt sein. Im Frühjahr und Sommer ist die Zustellung des Blattes durch die Agentur am Ausgabetag ohne weiteres möglich.
Wir hoffen, unseren Lesern damit gedient zu haben und bitten um recht zahlreiche Bestellungen und um Bereithaltung des Geldes, wenn die Agenten mit der Quittung am Samstag und Sonntag vorsprechen, damit der Einzug ohne Zeitverlust glatt von statten geht.
Verlag „Der Enztäler".

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw